

Editorial

Die vorliegende Ausgabe der Beiträge zur Hochschulforschung vereinigt Artikel zu den Gelingensbedingungen von Wissenschaft. Die Erhöhung der Qualität von Forschung und Lehre ist ein weit verbreitetes Ziel von Hochschulpolitik und den Hochschulen selbst – Exzellenz wird angestrebt. Aber welche Bedingungen sind notwendig, um dieses Ziel zu erreichen? Und welche Exzellenzvorstellungen liegen dem heutigen wissenschaftlichen Handeln zugrunde? Welche Auswirkungen haben institutionelle Rahmenbedingungen und Hochschulpolitik auf das qualitätsbezogene Handeln von Akteurinnen und Akteuren im Hochschulbereich? Diese Fragen werden im vorliegenden Heft aus den verschiedensten Blickwinkeln beleuchtet. Dabei wird sowohl die Qualität von Forschung als auch von Lehre in den Blick genommen.

Forschung

In einem einführenden *Überblicksartikel* rekapitulieren Susan Harris-Huermann, Michael Hölscher, Justin J. W. Powell und Johanna Witte die Entwicklung des Verständnisses von *Qualität* und *Exzellenz* im deutschen hochschul- und wissenschaftspolitischen Diskurs. Sie zeigen auf, wie eng beide Begriffe zusammenhängen, da das Streben nach Qualitätsverbesserung im Kern ein Streben nach Exzellenz ist. Vor dem Hintergrund des Erbes der Zeit des Nationalsozialismus wird das langjährige Vermeiden des Exzellenzbegriffs, aber auch einer offenen Differenzierung des deutschen Hochschulsystems erklärt. Der Artikel zeigt, wie sich beides – das Verhältnis zu Exzellenz als auch zu Leistungsdifferenzierung und Vielfalt – im Zuge des Bologna-Prozesses und der Exzellenzinitiative veränderten und wie Qualitätssicherung, aber auch Qualitätsentwicklung auf neue Weise institutionalisiert wurden. Im engen Zusammenhang damit steht die Entstehung und Verbreitung von Wissenschaftsmanagement und *institutional research*, deren noch nicht ausgeschöpfte Potenziale für die Hochschulentwicklung herausgearbeitet werden. Der Artikel endet mit einer Kritik an der Tendenz zu einer überzogenen und einseitigen quantitativen Messung von Qualität in Hochschule und Wissenschaft und skizziert Perspektiven für die zukünftige Forschung und Politikentwicklung in diesem Bereich. Es werden drei zentrale Spannungsfelder identifiziert: (1) quantitative versus qualitative Qualitätsmessungsinstrumente – ihr Einsatz und ihre Rückwirkung auf die Wissenschaft selbst, (2) Qualität als Exzellenz versus Qualität als *impact* oder Relevanz – d. h. wissenschaftseigene versus politisch-ökonomische Qualitätsverständnisse; und (3) ein individualistischer versus ganzheitlicher Zugang zu Qualitätsbewertung. Die Autoren plädieren abschließend dafür, ähnlich wie im Bereich der Bildung auch im Bereich der Forschung zu einem Verständnis von Leistung als *added value* zu kommen. Dies setzt eine Berücksichtigung unterschiedlicher institutioneller, organisationaler sowie individueller Bedingungen und Ausgangspunkte (wie Finanzierungs- und Ausstattungsmerkmale) für Forschungsleistungen voraus.

Axel Philipps, Eva Barlösius und Michelle Giez untersuchen in ihrem Beitrag, was Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den Bereichen Biochemie und optische Physik unter den für die Bewertung von Forschung zentralen Begriffen *Erfolg* und *Scheitern* verstehen. Dazu werten sie 20 qualitative Interviews mit Forschenden einer deutschen Universität aus. Scheitern ist in der Forschung demzufolge nicht einfach das Gegenteil von Erfolg. Scheitern bedeutet für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler entweder, keine verwertbaren Ergebnisse zu generieren, nicht sorgfältig genug zu forschen, oder aber Experimente abubrechen, bevor alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Ein Erfolg kann es in den Augen der Forscherinnen und Forscher hingegen bereits sein, ein Experiment überhaupt zum Laufen zu bringen oder ein Forschungsergebnis zu veröffentlichen. Als großer Erfolg werden übereinstimmend hochrangig publizierte, bahnbrechende Forschungsentdeckungen betrachtet. Der Artikel betont die Schlüsselrolle von Publikationsorganen wie Fachzeitschriften für die Umsetzung wissenschaftlichen Erfolgs im Labor in zurechenbaren und karrierewirksamen Erfolg von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.

Eva Wegrzyn und Anja Mallat beschäftigen sich in ihrem Artikel mit der Frage, was Postdocs natur- und ingenieurwissenschaftlicher Fächer und Hochschulkommunikationsverantwortliche unter wissenschaftlicher Exzellenz verstehen und wo sie Probleme und Weiterentwicklungspotenziale des vorherrschenden Exzellenzbegriffs in der Wissenschaft sehen. Im Zentrum steht dabei die Frage der Geschlechtergerechtigkeit. Grundlage der Analyse sind 31 leitfadengestützte, problemzentrierte Interviews an drei Universitäten und einer Hochschule für angewandte Wissenschaften in Nordrhein-Westfalen. Beide Akteursgruppen finden es ungerecht, dass bei der Bewertung wissenschaftlicher Qualität sämtliche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler über einen Kamm geschoren werden, ohne die unterschiedlichen Voraussetzungen und die unterschiedlichen zeitlichen, finanziellen und personellen Ressourcen zu berücksichtigen, die diesen für ihre Leistungserbringung zur Verfügung stehen. Dazu gehören die soziale Herkunft, verschieden umfangreiche Sorgeverpflichtungen gegenüber Kindern und Angehörigen, die Anzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und auch das Geschlecht, da Frauen gerade im Bereich der Naturwissenschaften immer noch mit Vorurteilen zu kämpfen haben. Weiterhin wird eine zu starke Orientierung an quantitativen Metriken bei der Bewertung wissenschaftlicher Qualität moniert. Der Artikel schließt mit einer Ermutigung an Hochschulkommunikationsverantwortliche, ihre vorhandenen Spielräume zu nutzen, um die ganze Vielfalt wissenschaftlicher Leistungen abzubilden und neben den wissenschaftlichen Leistungen auch deren Entstehungsbedingungen sichtbarer zu machen.

Lehre

Die Weiterentwicklung von Studium und Lehre an deutschen Hochschulen wird immer häufiger durch Drittmittel gefördert, die an Hochschulverbände vergeben werden. Philipp Pohlenz, Sarah Berndt und Johnny Hartmann widmen sich in ihrem Beitrag der Frage nach den Gelingensbedingungen solcher Verbände. Anknüpfend an Forschungsergebnisse, die bisher vorwiegend zu Erfolgsfaktoren für Hochschulverbände im Bereich der Forschung vorliegen, haben sie eine explorative Online-Befragung von 160 Mitarbeitenden aus 62 Hochschulverbänden im Bereich der Lehrentwicklung in Deutschland durchgeführt. Es zeigt sich, dass der Erfolg der Verbundarbeit nach Einschätzung der Beteiligten vor allem mit folgenden Faktoren zusammenhängt: einem angemessenen Verhältnis von Aufwand und Ertrag, einer auf wechselseitiger Unterstützung beruhenden Arbeitskultur sowie dem Grad der Zielerreichung in zentralen Bereichen wie Kooperationsförderung, Kompetenz- und Qualitätsentwicklung. Auch wenn das Forschungsdesign weder Kausalschlüsse im strengen Sinne noch Verallgemeinerungen zulässt, bieten die Ergebnisse doch Anregungen für eine Weiterentwicklung von Erklärungsansätzen für den Erfolg von Hochschulverbänden, so im Bereich des Sozialkapitals, der Entscheidungstheorie und des Neoinstitutionalismus.

Sylvi Mauermeister und Cecilia Maas beschäftigen sich in einem englischsprachigen Artikel mit einem vielfach vernachlässigten, aber angesichts aktueller Bedrohungen der Demokratie zweifelsohne wichtigen Aspekt: der Berücksichtigung von Demokratieerziehung in der Hochschulbildung. Bildung für gesellschaftliche und politische Teilhabe ist im Rahmen des Bologna-Prozesses ein offizielles, europaweit geteiltes Politikziel, dem aber – zumindest in Deutschland – weniger Aufmerksamkeit zuteilwurde als anderen Bereichen. Der Artikel stellt Ergebnisse einer Auswertung der Leitbilder und Akkreditierungsdokumente 64 staatlicher, systemakkreditierter Hochschulen vor. Demokratieerziehung spielt darin eine weit weniger wichtige Rolle als die Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Qualität und der Arbeitsmarktrelevanz der Studiengänge. Dies wird auf Basis eines neoinstitutionalistischen theoretischen Rahmens dadurch erklärt, dass die Hochschulen damit auf die von der Hochschulpolitik an sie herangetragenen Erwartungen reagieren. Mit anderen Worten: Möchte die Öffentlichkeit Demokratieerziehung, Ermutigung zu sozialem und politischem Engagement und ein Verständnis für die Grundlagen unseres freiheitlich-demokratischen Gesellschafts-systems stärker an den Hochschulen verankert sehen, so müssten diese Erwartungen deutlicher in den staatlichen Vorgaben und Akkreditierungskriterien artikuliert werden.

In einer *Research Note* thematisiert Bettina Langfeldt – basierend auf Gesetzes- und Dokumentenanalysen und 32 Interviews mit relevanten Akteurinnen und Akteuren in dualen Bachelorstudiengängen der Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften – das Verhältnis von Wissenschaftlichkeit und Praxisorientierung im dualen Studium. Insgesamt 61 Gesetze und Verordnungen auf Bundes- und Landesebene bilden den

komplexen Regelungsrahmen für das duale Studium an deutschen Hochschulen. An entscheidenden Punkten fehlt es aber an einem bundesweiten Regelungsrahmen, der vergleichbare Standards garantiert. So gibt es in den Landeshochschulgesetzen keine rechtlichen Vorgaben zur Balance der beiden Bildungsziele *Wissenschaftlichkeit* und *Praxisorientierung* im dualen Studium. Langfeldt weist auch auf den Widerspruch hin, dass von dualen Bachelorstudiengängen trotz Praxisphasen der gleiche Grad an Wissenschaftlichkeit erwartet wird wie von nicht-dualen Vollzeitstudiengängen, obwohl erstere meist die gleiche – oder nur eine geringfügig längere – Regelstudienzeit aufweisen. Langfeldt kommt daher zu folgendem Schluss: „Eine bundesweit einheitlichere Weiterentwicklung des ordnungsgebenden Rahmens für duale Studiengänge würde Studieninteressierten und Praxispartnern die Orientierung erleichtern und die Qualität des dualen Studiums sichern. Dazu gehört das Schließen bestimmter länderspezifischer Regelungslücken sowie die Aufhebung von unterschiedlichen Regelungstiefen und Ungleichbehandlungen verschiedener Bildungsanbieter.“

Zu guter Letzt beinhaltet das vorliegende Heft ein Interview mit Martina Diegelmann, die über viele Jahre die Förderlinie Wissenschafts- und Hochschulforschung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung geleitet hat. Neben persönlichen Erfahrungen als First-Generation-Studierender aus katholisch geprägtem, ländlichen Milieu teilt sie auch wertvolle Lehren zum Zusammenspiel von Wissenschafts- und Hochschulforschung (WiHo-Forschung) und der Praxis in Hochschulen und Hochschulpolitik: „Derzeit wird meines Erachtens weder seitens der WiHo-Praxis eine Holschuld, noch seitens der WiHo-Forschung eine Bringschuld eingelöst. Im Ergebnis haben wir nach meinem Eindruck ein Hochschul- und Wissenschaftssystem, das in seiner Gestaltung noch viel zu oft auf gefühlte Wahrheiten rekurriert.“ Diese Einsicht verbindet sie mit dem Appell, weitere Wissenschaftsmanagement-Studiengänge aufzubauen, die sich aus der Wissenschafts- und Hochschulforschung speisen, sodass die Hochschulen in Zukunft verstärkt von Menschen gestaltet werden, die ihr Handwerk auf diesem Wege gelernt haben.

Johanna Witte, Justin J. W. Powell und Frank Ziegele